

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Maik Brückner, Clara Bünger, Nicole Gohlke,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/2575 –**

Queeres Leben stärken – Christopher-Street-Days schützen

A. Problem

Die Fraktion Die Linke beklagt eine Zunahme von Hass und Gewalt gegen queere Menschen. Insbesondere im Zusammenhang mit Christopher-Street-Days komme es vermehrt zu Störungen, Gegenprotesten und Gewalt aus rechtskonservativen und rechtsextremen Kreisen. Queeren Menschen müsse ein gutes und ein sicheres Leben in unserer Gesellschaft ermöglicht und ihr Recht auf friedliche Versammlungen geschützt werden.

Sie fordert die Bundesregierung auf, die Sicherheitslage queerer Menschen auf der Innenministerkonferenz zu thematisieren und durch eine Gesamtstrategie dafür Sorge zu tragen, eine sichere Teilnahme an künftigen Veranstaltungen zu ermöglichen sowie durch eine Weiterentwicklung des Programms „Queer leben“ Strukturen der queeren Communities in den Kommunen zu stärken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.

C. Alternativen

Annahme der Vorlage.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/2575 abzulehnen.

Berlin, den 25. März 2026

Der Innenausschuss

Josef Oster
Amtierender Vorsitzender

Siegfried Walch
Berichterstatter

Christopher Drößler
Berichterstatter

Helge Lindh
Berichterstatter

Marlene Schönberger
Berichterstatterin

Katrin Fey
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Siegfried Walch, Christopher Dröbner, Helge Lindh, Marlene Schönberger und Katrin Fey**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 21/2575** wurde in der 39. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. November 2025 an den Innenausschuss überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/2575 in seiner 30. Sitzung am 25. März 2026 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.

Berlin, den 25. März 2026

Siegfried Walch
Berichtersteller

Christopher Dröbner
Berichtersteller

Helge Lindh
Berichtersteller

Marlene Schönberger
Berichterstellerin

Katrin Fey
Berichterstellerin

